

N i e d e r s c h r i f t

**der 16. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 08.12.2010**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:05 Uhr bis 18:05 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	Teilnahme bis 18:04 Uhr
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	i. V. für Herrn Lange
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Gerry Kley	FDP	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	Teilnahme ab 16:12 Uhr
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme ab 16:11 Uhr
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	
Frau Annemarie Kraft	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.
Herr Dr. Thomas Pohlack	Bürgermeister
Herr Egbert Geier	Beigeordneter

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 16. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- TOP 5.1 Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH für das Jahr 2011
Vorlage: V/2010/09282
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.2 Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8 ÖPNV-Gesetz
des Landes für die HAVAG für das Jahr 2011 und die Mittel für den Ausgleich
verbundbedingter Belastungen
Vorlage: V/2010/09254
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.3 Fortsetzung der Mitgliedschaft im EuroIndia Center (EIC)
Vorlage: V/2010/09128
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.4 Mitteilung des Landesrechnungshofes vom 02.03.2010 über die Prüfung der
öffentlichen Förderung des Eine-Welt-Haus Halle e.V. sowie der Haushalts-
und Wirtschaftsführung des Zuwendungsempfängers gemäß § 91 Abs. 2 LHO
Vorlage: V/2010/08816
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.5 Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2011 des Eigenbetriebes Zentrales
GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2010/09255
*verwiesen durch Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften zurück in den Betriebsausschuss des EB ZGM*
-

Weiterhin liegen folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

- zu 5.6 Geschäftsbedarf der Fraktionen
Vorlage: V/2010/09351

Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor:

Gemeinsamer Änderungsantrag aller Fraktionen des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) zum Geschäftsbedarf der Fraktionen
Vorlage: V/2010/09396

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fragte, ob sich der Antrag der Fraktion DIE LINKE. aufgrund des gemeinsamen Änderungsantrages der Fraktionen erledigt habe.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., erklärte, dass sich der Änderungsantrag nicht auf die Vorlage der Verwaltung, sondern auf den Antrag seiner Fraktion beziehe.

Daraufhin schlug **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** vor, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. sowie den Änderungsantrag der Fraktionen unter dem TOP Anträge zu behandeln und die Vorlage der Verwaltung entsprechend des TOP 5.6 nicht zu beraten.

Es gab keine Einwände seitens der **Hauptausschussmitglieder** zum Vorschlag der Oberbürgermeisterin.

Darüber hinaus liegt folgender Dringlichkeitsantrag vor:

Dringlichkeitsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Winterdienst
Vorlage: V/2010/09398

Herr Kley, FDP-Fraktion, begründete die Dringlichkeit des Antrages seiner Fraktion. Entsprechend der Mitteilung der Oberbürgermeisterin zum Winterdienst in der Hauptausschusssitzung im Oktober sei man davon ausgegangen, dass sowohl die Hauptstraßen als auch die Nebenstraßen ordnungsgemäß geräumt werden.

Aufgrund der derzeitigen Witterungsverhältnisse und der nicht erfolgten Beräumung der Nebenstraßen sowie möglicher finanzieller Auswirkungen halte seine Fraktion einen Stadtratsbeschluss für erforderlich, um einen ordnungsgemäßen Winterdienst für die Bevölkerung sicherzustellen.

Insbesondere Kindertagesstätten, Schulen und Pflegeheime sowie Wohngebiete seien nach wie vor schwer zu erreichen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sprach sich für die Behandlung des Dringlichkeitsantrages aus. In dem Zusammenhang habe auch die Verwaltung die Möglichkeit, auf bestimmte Dinge hinzuweisen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:

Vorlage: V/2010/09398

Der Antrag wird unter TOP 6.2 behandelt

**mit mehr als 2/3-Mehrheit
mehrheitlich zugestimmt
9 Ja-Stimmen**

Weitere Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 17.11.2010
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 17.11.2010 gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1 *Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH für das Jahr 2011*
Vorlage: V/2010/09282 abgesetzt
 - 5.2 *Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8 ÖPNV-Gesetz des Landes für die HAVAG für das Jahr 2011 und die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen*
Vorlage: V/2010/09254 abgesetzt
 - 5.3 *Fortsetzung der Mitgliedschaft im EuroIndia Center (EIC)*
Vorlage: V/2010/09128 abgesetzt
 - 5.4 *Mitteilung des Landesrechnungshofes vom 02.03.2010 über die Prüfung der öffentlichen Förderung des Eine-Welt-Haus Halle e. V. sowie der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Zuwendungsempfängers gemäß § 91 Abs. 2 LHO*
Vorlage: V/2010/08816 abgesetzt
 - 5.5 *Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2011 des Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2010/09255 abgesetzt
 - 5.6 *Geschäftsbedarf der Fraktionen*
Vorlage: V/2010/09351 nicht beraten
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - Geschäftsbedarf der Fraktionen
Vorlage: V/2010/09079
 - 6.1.1 Gemeinsamer Änderungsantrag aller Fraktionen des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) zum Geschäftsbedarf der Fraktionen
Vorlage: V/2010/09396
 - 6.2 Dringlichkeitsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Winterdienst
Vorlage: V/2010/09398

7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen
10. Mitteilungen
- 10.1 Stand Umsetzung Konjunkturpaket II

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 17.11.2010

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 15. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 17.11.2010.

Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die öffentliche Niederschrift der Sitzung vom 17.11.2010.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 17.11.2010 gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - Geschäftsbedarf der Fraktionen
Vorlage: V/2010/09079**

**zu 6.1.1 Gemeinsamer Änderungsantrag aller Fraktionen des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) zum Geschäftsbedarf der Fraktionen
Vorlage: V/2010/09396**

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Dr. Meerheim, Herr Krause, Herr Wehrich, Herr Wolter, Herr Kley, Herr Borries** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., merkte eingangs an, dass über den Antrag seiner Fraktion nicht beraten werden müsse.

Zudem verwies **Herr Dr. Meerheim** auf die gestrige Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften. In dieser wurde sich auf eine Prüfung der in Anlage 1 des Änderungsantrages aufgeführten Punkte verständigt, ob alle Regelungen des bisherigen Beschlusses dort enthalten seien. Anderenfalls könne der Beschlusspunkt 2 des Änderungsantrages nicht beschlossen werden. Er bot an, die Prüfung vorzunehmen und im Ergebnis dessen mögliche redaktionelle Änderungen in Abstimmung mit den anderen Fraktionen einzuarbeiten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies ausdrücklich darauf hin, dass die Vorlage der Verwaltung die Vorgaben des Landesverwaltungsamtes im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung berücksichtige. Der Änderungsantrag hingegen bedeute eine Kostenerhöhung.

Herr Borries, Referent Büro OB, erläuterte die Rechtslage in Verbindung mit der Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle. Im Rahmen des städtischen Haushaltes sowie der Verfügung des Landesverwaltungsamtes habe die Oberbürgermeisterin die Pflicht, keinen Aufwuchs nicht gesetzlich vorgeschriebener Ausgaben zuzulassen. Die Erhöhung der Ausgaben für die Position Geschäftsbedarf der Fraktionen sei nicht gesetzlich vorgeschrieben, so dass keine Grundlage für den Aufwuchs in dieser Position bestünde. Aufgrund dessen sei ein Beschluss des Änderungsantrages durch den Stadtrat rechtswidrig.

Herr Kley, FDP-Fraktion, merkte an, dass die Rechtswidrigkeit des Beschlusses darin begründet sei, dass die Verwaltung nicht pflichtgemäß einen Haushalt für das Jahr 2011 in den Stadtrat eingebracht habe und in Anbetracht dessen keine Grundlage für den Änderungsantrag bestünde.

Herr Krause, SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass die Vorgaben des Landesverwaltungsamtes dahin gehend berücksichtigt wurden, dass eine Einsparung der Sachkosten vorgenommen wurde.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, widersprach den Ausführungen von Frau Oberbürgermeisterin Szabados hinsichtlich des Aufwuchses in Höhe von 24.000 €. Man könne bei der Berechnung der Fraktionsfinanzierung nicht von dem Jahr 2004 ausgehen. Entsprechend des Änderungsantrages gehe man von der damaligen Vereinbarung mit einer Steigerung von jährlich 1 % aus. Berechnungsgrundlage sei das Jahr 2011. Es wurden bestimmte Fehler korrigiert und die Sachkosten reduziert, so dass die Abrechnung für die Verwaltung gegenüber den Fraktionen genauer erfolgen könne.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados brachte zum Ausdruck, dass ihr eine Berechnung mit einem Aufwuchs von 24.000 € vorliege. Sollte der Aufwuchs tatsächlich geringer sein, befürworte sie dies selbstverständlich.

Weiterhin merkte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** an, dass sie durchaus eine Anpassung des Geschäftsbedarfes der Fraktionen für notwendig erachte. Dennoch habe sie die Pflicht darauf hinzuweisen, dass ein solcher Beschluss in der derzeitigen Haushaltssituation der Stadt Halle rechtswidrig wäre.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um Berücksichtigung und Vergleich mit den Lohnkostensteigerungen im TVöD seit dem Jahr 2004.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados nahm die Hinweise entgegen und sagte eine nochmalige Prüfung zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung des Änderungsantrages.

**zu 6.1.1 Gemeinsamer Änderungsantrag aller Fraktionen des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) zum Geschäftsbedarf der Fraktionen
Vorlage: V/2010/09396**

Beschlussvorschlag:

1. *Der Stadtrat beschließt die Personal- und Sachkostenausstattung der Geschäftsstellen der Fraktionen ab dem 01.01.2011 gemäß beigefügter Anlage. Im Übrigen verbleibt es bei den bisher geltenden Regelungen*
2. *Der Beschluss des Stadtrates vom 26.05.2004, Vorlagen-Nr.: III/2004/04055 wird damit aufgehoben.*
3. *Das Rechnungsprüfungsamt wird beauftragt, zum Ende einer jeden Ratsperiode die ordnungsgemäße Verwendung der ausgereichten Mittel zu überprüfen.*

Abstimmungsergebnis:

**einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung**

**zu 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - Geschäftsbedarf der Fraktionen
Vorlage: V/2010/09079**

Beschlussvorschlag:

1. *Der Stadtrat beschließt die Personal- und Sachkostenausstattung der Geschäftsstellen der Fraktionen ab dem 01.10.2010 gemäß beigefügter Anlage und entscheidet sich hierbei für die Variante 3 der beigefügten Tabelle in der Anlage.*
2. *Der Beschluss des Stadtrates vom 29.04.2004, Vorlagen-Nr.: III/2004/04055, wird damit aufgehoben.*
3. *Der Stadtrat stellt klar, dass, den Fraktionen die entstehenden Gesamtpersonalkosten entsprechend der beigefügten Anlage. Pkt. 1, Berechnungsgrundlage, Nr. 1 – 7 auch für das Haushaltsjahr 2010 erstattet werden.*

Abstimmungsergebnis:

nicht beraten

zu 6.2 Dringlichkeitsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Winterdienst Vorlage: V/2010/09398

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Kley, Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim, Herr Wehrich, Herr Wolter, Frau Dr. Bergner, Frau Ewert, Herr Bartl, Herr Krause** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erinnerte eingangs an die Mitteilung aus der letzten Hauptausschusssitzung im November zur Organisation des Winterdienstes. Es wurde sich darauf verständigt, dass zunächst Hauptstraßen geräumt werden. Danach erfolge die Beräumung von Nebenstraßen nach folgender Priorität: Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Kindergärten, Schulen.

Auf eine Beräumung aller Nebenstraßen wurde sich nicht verständigt und wäre aufgrund der Kosten nicht möglich und nicht vertretbar.

In Anbetracht dessen bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** um Benennung der Straßen, in denen Probleme der Beräumung gesehen werden, so dass die Verwaltung entsprechend reagieren und Aufträge auslösen könne.

Herr Kley, FDP-Fraktion, machte deutlich, dass keine der angekündigten Nebenstraßen beräumt wurde, insbesondere die Zufahrten zu Kindergärten. Ebenso kritisierte er, dass der Winterdienstplan der Stadt Halle im Internet lediglich die Hauptstraßen beinhalte.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, bat um Berücksichtigung der technischen Realisierung der Beräumung von beparkten Nebenstraßen. In dem Zusammenhang merkte er an, dass bei derartigen Witterungsverhältnissen keine Straßenreinigung erfolge, so dass die Fahrzeughalter ihre Parkplätze nicht verlassen müssten. Er regte an, die Straßenreinigungen vorher öffentlich anzukündigen, um nicht unnötig ein noch größeres Parkplatzproblem entstehen zu lassen.

Herr Bönisch schlug vor, über den Antrag in der heutigen Hauptausschusssitzung aufgrund der offenen Fragen nicht abzustimmen. Vielmehr sollte die Verwaltung in der kommenden Stadtratssitzung über die Kosten und über die mögliche Umsetzung des Dringlichkeitsantrages informieren.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach den Kosten einer Beräumung aller Nebenstraßen sowie aufgrund zahlreicher Bürgeranfragen nach der Beräumung von Radwegen.

Darüber hinaus regte **Herr Wehrich** an, dass in der Stadtratssitzung ein Vertreter der Stadtwirtschaft über die Umsetzung des Winterdienstes informiert.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, kritisierte, dass die Stadtverwaltung einerseits die Anlieger auf ihre Pflichten hinweist und andererseits ihren Pflichten teilweise nicht nachkomme. Darüber hinaus könne er nicht nachvollziehen, dass bei einer seines Erachtens noch relativ geringen Schneedecke der öffentliche Nahverkehr zusammenbreche.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, äußerte sich mit folgenden Fragen:

Werden die Horteinrichtungen bei der Beräumung berücksichtigt?
Im Stadtteil Kröllwitz wären diese anderenfalls teilweise nicht erreichbar.

Inwieweit werde kontrolliert, ob eine ordnungsgemäße Beräumung, insbesondere der Nebenstraßen und Haltestellenbereiche, erfolgt sei?

Inwieweit erfolge eine Kontrolle der Anliegerpflichten?

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte, woraus sich die Beräumung von Straßen durch Anlieger begründen.

Frau Ewert, SPD-Fraktion, teilte mit, dass ihre Fraktion den Dringlichkeitsantrag als Anregung aufnehme und schlug ebenfalls vor, über diesen in der heutigen Hauptausschusssitzung nicht abzustimmen.

Weiterhin regte **Frau Ewert** eine halbseitige Sperrung des Hasenberges im Paulusviertel an, da es durch Schlittenfahren zu zusätzlichen Behinderungen im Straßenverkehr komme. Zudem machte sie darauf aufmerksam, dass das Paulusviertel bei diesen Witterungsverhältnissen insgesamt problematisch sei, da aufgrund von Baumaßnahmen einige Straßen gesperrt wären.

Herr Bartl, CDU-Fraktion, bezog sich auf den Beschlusspunkt 3 des Dringlichkeitsantrages und merkte an, dass die Haltestellenbereiche, z. B. in der Großen Ulrichstraßen, zum Teil ungenügend beräumt seien.

Herr Krause, SPD-Fraktion, regte an, die Beräumung der Bernburger Straße und der Geiststraße zu prüfen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., bat darum, die Zufahrten an Kindergärten in den Räumplan aufzunehmen. Diese seien bis auf die an den Hauptstraßen liegenden in keinsten Weise beräumt. Die Gehwege werden durch die Hausmeister der Kindergärten beräumt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados nahm die Hinweise und Anregungen der Hauptausschussmitglieder auf. Sie sagte zu, anhand einer Übersicht die im Räumplan zusätzlich aufgenommenen Straßen gegenüber dem Vorjahr darzustellen.

Weiterhin merkte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** an, dass sie dem Vorschlag von Herrn Bönisch, heute über den Antrag nicht abzustimmen und in der Stadtratssitzung entsprechend zu informieren, zustimmen könne. Zudem nahm sie die Anregung von Herrn Bönisch, Straßenreinigungen vorher öffentlich anzukündigen, auf.

Hinsichtlich der Fragen von Frau Dr. Bergner erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass Anliegerpflichten aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung vorrangig durch Mitarbeiter des Ordnungsamtes kontrolliert werden.

Auf die Frage von Herrn Kley antwortete **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass Anlieger für ihre Grundstücke verantwortlich seien. Die Straßenreinigungssatzung wäre dabei Rechtsgrundlage für die Anliegerpflichten.

In Bezug auf die Ausführungen von Frau Ewert und Herrn Krause sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eine Prüfung zu.

Zu den Ausführungen von Herrn Bartl sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** ebenfalls eine Prüfung zu. Gleichzeitig brachte sie zum Ausdruck, dass es Abstimmungsgespräche zwischen der Stadtwirtschaft und HAVAG zur Räumung der Straßen und Haltestellenbereiche gegeben habe und eine Klärung erfolgt sei.

Hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Dr. Meerheim, sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eine Prüfung bezüglich der Beräumung von Kindergärten und Schulen in Nebenstraßen durch das zuständige Dezernat zu.

Aufgrund des weiterhin bestehenden Diskussionsbedarfes schlug **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** vor, dass nach der Einwohnerfragestunde der Stadtratssitzung am 15.12.2010 ein Vertreter des Tiefbauamtes und der Stadtwirtschaft über die Organisation des Winterdienstes berichten.

Die **Hauptausschussmitglieder** erklärten sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Im Anschluss daran entstand eine Diskussion zur weiteren Verfahrensweise des Dringlichkeitsantrages in der heutigen Hauptausschusssitzung. Im Ergebnis dessen erklärte **Herr Kley, FDP-Fraktion**, dass er auf eine Abstimmung des Dringlichkeitsantrages seiner Fraktion verzichte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **beraten**

Beschlussvorschlag:

Aus gegebenem Anlass beschließt der Stadtrat:

- 1. Der Winterdienst räumt nach den Hauptstraßen auch die Nebenstraßen in der Reihenfolge ihrer Dringlichkeit für die Allgemeinheit.*
- 2. Straßen vor Krankenhäusern, Kindertagesstätten, Schulen und Pflegeheimen sind vorrangig zu räumen.*
- 3. Die Stadt Halle (Saale) hat sicherzustellen, dass alle Haltestellen des Öffentlichen Personennahverkehrs geräumt sind, und damit für die Nutzer die notwendige Sicherheit zum Ein- und Aussteigen gewährleistet wird.*

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte in Bezug auf das Amtsblatt, weshalb Fraktionsbeiträge für Juni und Dezember 2011 gestrichen wurden. Er halte die Fraktionsbeiträge im Juni für wichtig und könne aufgrund dessen die Streichung nicht nachvollziehen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados und **Herr Drenkelfuß, Pressesprecher**, erklärten, dass aus finanziellen Gründen im nächsten Jahr nur noch 19 anstatt 23 Amtsblätter erscheinen. Es werde aber auch weiterhin in jedem zweiten Amtsblatt eine Fraktionsseite enthalten sein.

Nach einer kurzen Diskussion zwischen den Hauptausschussmitgliedern und der Verwaltung sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eine Prüfung zu, ob bei 19 erscheinenden Amtsblättern 9 oder 10 Fraktionsbeiträge vorgesehen seien. Danach können die Fraktionen einen Vorschlag unterbreiten, wann die Fraktionsbeiträge erscheinen sollen.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf einen Bericht in der Presse, bei dem die Stadtverwaltung über Gruppenauskünfte aus dem Melderegister informiert habe.

Er fragte, ob z. B. auch Parteien solche Gruppenauskünfte auf Nachfrage erhalten, obwohl entsprechend eines Stadtratsbeschlusses die Verwaltung aufgefordert wurde, nach Möglichkeit diese Auskünfte nicht zu erteilen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine Prüfung zu.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf Pressemitteilungen im HalleForum, dass Frau Ministerin Wolff bereits avisiert habe, keine verbindliche Zusage für die Finanzierung des Thalia-Theaters bis zum Jahr 2016 geben zu können.

Infolge dessen fragte **Herr Wehrich** nach der weiteren Verfahrensweise seitens der Verwaltung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass die Tarifverhandlungen noch nicht abgeschlossen seien und sich die Gewerkschaft ver.di als Tarifpartner zu dem Haustarifvertrag bisher nicht geäußert habe.

Sollte seitens des Landes keine Zusicherung der Finanzierung bis 2016 erfolgen, müsse der Stadtrat entscheiden, inwieweit mittelfristig finanzielle Mittel für das Thalia-Theater in den städtischen Haushalt eingestellt werden sollen.

Sollte man in den nächsten Tagen neue Erkenntnisse erhalten, so **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** weiter, werde sie in der Stadtratssitzung entsprechend darüber informieren.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE., fragte entsprechend ihrer Anfrage in der Hauptausschusssitzung im April 2010 nach dem Sachstand Vermarktung und Ausschreibung kleines Thalia-Theater.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine Prüfung zu.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, merkte an, dass eine Ausschreibung erfolgt sei.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bezog sich auf die letzte Sitzung des Bildungsausschusses. In dieser wurde die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung 2011/2012 vertagt. Hierzu gebe es die Auflage des Landesverwaltungsamtes, bis Ende des Jahres einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

In Anbetracht dessen fragte **Herr Wolter** nach der weiteren Verfahrensweise insbesondere in Bezug auf die Förderschulen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, entgegnete, dass entsprechend des Antrages der Stadtverwaltung das Landesverwaltungsamt einer Verlängerung der Abgabefrist zugestimmt habe.

Darüber hinaus wies **Herr Beigeordneter Kogge** darauf hin, dass die Genehmigung durch das Land für die Weiterführung der entsprechenden Förderschule von dem Schülerschlüssel und der Größenordnung abhängig sei.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bezog sich auf die Sitzung des Jugendhilfeausschusses zum Antrag des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zur Prioritätensetzung von Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe in der Stadt Halle.

Er habe Kenntnis davon erhalten, dass der ordnungsgemäß eingebrachte Änderungsantrag seiner Fraktion zu dem Antrag des Unterausschusses eigenmächtig von der Verwaltung nicht behandelt bzw. vertagt wurde mit der Begründung, dass dieser nicht zulässig sei.

Herr Wolter brachte zum Ausdruck, dass er die Verfahrensweise der Verwaltung rechtlich in keinster Weise nachvollziehen könne und fragte Herrn Beigeordneten Kogge, wie die Rechtmäßigkeit wieder hergestellt werden soll.

Des Weiteren informierte **Herr Wolter** darüber, dass er Frau Oberbürgermeisterin Szabados und den Stadtratsvorsitzenden, Herrn Bartl, am heutigen Tag schriftlich über diesen Sachverhalt in Kenntnis gesetzt habe.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, sagte eine schriftliche Beantwortung zu. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass eine Erhöhung von finanziellen Mitteln entsprechend des Änderungsantrages nicht der Jugendhilfeausschuss, sondern der Stadtrat zu treffen habe und aufgrund dessen seitens der Verwaltung diese Erklärung erfolgte.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, machte deutlich, dass er diese Auffassung für politisch fragwürdig halte und nicht mit der Geschäftsordnung der Stadt Halle gedeckt sei.

Nach einer kurzen Diskussion sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eine Prüfung des Sachverhaltes zu. Zudem merkte sie an, dass der Antrag des Unterausschusses Prioritäten der Jugendhilfe beinhaltete. Der Änderungsantrag hingegen stellte eine Erhöhung finanzieller Mittel dar und keine Änderung der Prioritäten. Demzufolge wurde hier möglicherweise rechtmäßig gehandelt.

Es gab keine weiteren mündlichen Anfragen.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

zu 10 Mitteilungen

zu 10.1 Stand Umsetzung Konjunkturpaket II

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

weitere Mitteilungen:

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte über das Schreiben des Landesverwaltungsamtes zum Nachtragshaushalt der Stadt Halle entsprechend des Stadtratsbeschlusses im Oktober. Darin werde der Umgang mit der Haushaltssperre bemängelt.

Über den eingereichten Widerspruch der Stadtverwaltung entsprechend des Stadtratsbeschlusses hinsichtlich des Punktes 3 der Auflagen des Landesverwaltungsamtes sei noch nicht befunden wurden. Dazu finden derzeit Gespräche mit dem Landesverwaltungsamt statt.

Zum Nachtragshaushalt der Stadt Halle und zur Diskussion zum eingereichten Widerspruch sei Herr Staatssekretär Erben als oberste Kommunalaufsicht bereit, in der kommenden Stadtratssitzung Stellung zu nehmen.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich **Herr Kley, Herr Dr. Meerheim, Herr Bö-nisch** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

Im Ergebnis dessen verständigten sich **Hauptausschussmitglieder** und **Verwaltung** darauf, dass Herr Staatssekretär Erben zur kommenden Stadtratssitzung eingeladen werde und unter dem TOP Mitteilungen über den Haushalt der Stadt Halle berichte. Danach werde der TOP mündliche Anfragen von Stadträten behandelt, um Nachfragen einbringen zu können.

Darüber hinaus informierte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** über offene Fragen bzw. Aufgaben für die Verwaltung aus der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften:

1. Es wurde um eine Information zur Auszahlung des Zuschusses an Radio Corax zur heutigen Hauptausschusssitzung gebeten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt der Stadtrat am 27.10.2010 eine Förderung für Radio Corax in Höhe von 9.000 € beschlossen habe. Seitens des Kulturbüros wurde mitgeteilt, dass der daraufhin abgeforderte aktualisierte Antrag bzw. Kosten-, Finanzierungsplan davon ausgehe, dass die städtischen Mittel für nachfolgende Leistungen verwendet werden:
Honorare für Administration und Wartung Büronetzwerk, Website, Projektmanagement, Marketing, medienpädagogische Betreuung und Coaching/Beratungsleistungen, Sachkosten Layout/Satzarbeiten und Technikausleihe, Projektbüromieten

Aufgrund der Haushaltsituation können lediglich Pflichtaufgaben umgesetzt und finanzielle Mittel nur für unabwiesbare Maßnahmen gezahlt werden.

Im Ergebnis der Prüfung des Antrages zur Auszahlung von Fördermitteln für Radio Corax wurde festgestellt, dass hierfür keine Unabwiesbarkeit vorliege. Demzufolge wurde der Antrag abgelehnt und keine Mittel ausgereicht.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte nach dem Antragsteller innerhalb der Verwaltung für eine Unabwiesbarkeit.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass die Fachdezernate dafür zuständig seien. Im vorliegenden Fall sei das Kulturbüro verantwortlich. Diese haben jedoch bereits bei der Prüfung des Antrages festgestellt, dass eine Unabwiesbarkeit nicht zu begründen wäre.

Herr Wolter fragte nach dem zuständigen Beigeordneten für den Antrag auf Unabwiesbarkeit für Radio Corax.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass hierfür das Dezernat der Oberbürgermeisterin zuständig wäre und innerhalb ihres Dezernates die Regelung getroffen wurde, dass für Anträge auf Unabwiesbarkeit die Leiterin des OB Büros verantwortlich sei.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, wies darauf hin, dass es hierbei um Einwerbung und Finanzierung von Drittmitteln ginge.

In dem Zusammenhang baten **Herr Wolter** und Herr **Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, um eine erneute Prüfung der Unabweisbarkeit.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados merkte an, dass ihr dies nicht bekannt gewesen sei und sagte unter dem Aspekt eine erneute Prüfung zu.

2. Zum Schreiben des Landesverwaltungsamtes vom 27.10.2010 - freiwillige Zuschüsse an Vereine und Verbände - wurde die Verwaltung gebeten:

- Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt, ob ein Vertreter dieser Behörde zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften nähere Ausführungen zum Ziel des Schreiben vom 27.10.2010 geben könne
- Beurteilung der Rechtsnatur des Schreibens des Landesverwaltungsamtes

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., erklärte, dass sich der erste Punkt erledigt habe, sofern Herr Staatssekretär Erben in der kommenden Stadtratssitzung über den Haushalt der Stadt Halle berichte.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte zu, die entsprechenden Fragen an Herrn Staatssekretär Erben weiterzuleiten, um diese in der kommenden Stadtratssitzung beantworten zu können.

3. Die Verwaltung wurde gebeten, eine aktuelle Aufstellung des Fördermittelabflusses bis 13.12.2010, 15:00 Uhr in die Fraktionsgeschäftsstellen zu senden.

Dazu merkte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** an, dass innerhalb der Verwaltung geprüft werde, ob die Aufstellung mit Stand 30.11.2010 oder mit aktuellem Datum erfolgen könne.

4. Die Verwaltung wurde gebeten bis zur Stadtratssitzung am 15.12.2010 schriftlich darzulegen, auf welcher Rechtsgrundlage der FC Halle-Neustadt für die Nutzung der Sportstätte Zahlungen leiste.

5. Es wurde eine schriftliche Information seitens Herrn Beigeordneten Kogge über die Formulierung des Weisungsrechtes der Anstalt öffentlichen Rechts zur heutigen Hauptausschusssitzung zugesagt

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass entsprechend des Stadtratsbeschlusses am 24.11.2010 das Weisungsrecht in die Satzung der Anstalt öffentlichen Rechts unter dem § 8 (7) mit folgendem Wortlaut eingefügt wurde:

„Der Stadtrat ist berechtigt, den vom Stadtrat bestellten Mitgliedern des Verwaltungsrates bezüglich zu fassender Beschlüsse Weisungen zu erteilen.“

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich **Herr Wehrich, Herr Kley, Herr Bö-nisch, Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter, Herr Borries, Herr Beigeordneter Kogge** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, war mit dieser Formulierung nicht einverstanden. Seines Erachtens sollte ein Weisungsrecht gegenüber dem Vorstand erfolgen.

Infolge dessen bat **Herr Wehrich** um die Zusendung der gesamten Satzung der Anstalt öffentlichen Rechts für die Fraktionsgeschäftsstellen, um eine Prüfung und mögliche Änderungen vornehmen zu können.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, war mit der Formulierung ebenfalls nicht einverstanden. Diese entspreche nicht der Intention seiner Fraktion. Seines Erachtens sollte diese entsprechend der Absprachen in der letzten Stadtratssitzung in Anlehnung des Weisungsrechts im Gesellschaftsvertrag der Stadtwerke erfolgen, wie z. B. Aufnahme von Geschäftszweigen, Gesellschaftsverträge usw.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., wies darauf hin, dass sich die bestellten Mitglieder des Verwaltungsrates der Anstalt nicht an die Weisungen des Stadtrates halten müssen. Für den Stadtrat bestünde dann lediglich die Möglichkeit, die entsprechenden Verwaltungsratsmitglieder abzuwählen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, machte deutlich, dass die Verwaltung den Beschluss des Stadtrates ordnungsgemäß umgesetzt habe und keine anderweitigen Informationen dazu bekannt seien.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass ein Weisungsrecht des Stadtrates gegenüber dem Vorstand nicht möglich sei.

Gleichzeitig sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eine Prüfung zu, inwieweit das Weisungsrecht entsprechend des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke für die Anstalt übernommen werden könne. Weiterhin wies sie darauf hin, dass das Weisungsrecht im GmbH-Recht und Anstaltsgesetz unterschiedlich geregelt sei.

Zudem sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** die elektronische Zusendung der Satzung an die Fraktionen am morgigen Tag zu.

Herr Borries, Referent Büro OB, erklärte, dass ein Weisungsrecht des Stadtrates an die Mitglieder des Verwaltungsrates bei einer Anstalt öffentlichen Rechts in der Satzung verankert werden könne.

Ein Weisungsrecht gegenüber dem Vorstand einer Anstalt öffentlichen Rechts halte er hingegen rechtlich für nicht möglich.

Bezogen auf die Ausführungen von Herrn Dr. Meerheim teilte **Herr Borries** mit, dass Beschlüsse des Verwaltungsrates auch wirksam seien, sollte ein Verwaltungsratsmitglied entgegen einer Weisung stimmen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte für wen das Weisungsrecht wirksam sei. Zudem könne seiner Auffassung nach auch gegenüber dem Vorstand ein Weisungsrecht erteilt werden, indem der Verwaltungsrat freiwillig seine Rechte beschneide.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zitierte aus dem Anstaltsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt:

§ 5 (2): Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht durch die Unternehmenssatzung der kommunalen Gebietskörperschaft etwas anderes bestimmt wird...

Die Unternehmenssatzung könne vorsehen, so **Herr Wehrich** weiter, dass das Hauptorgan der Körperschaft den Mitgliedern des Verwaltungsrates auch in bestimmten anderen Fällen Weisungen erteilen könne, außer denen, welche im Gesetz schon vorgesehen seien.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, erklärte sich mit der Formulierung ebenfalls nicht einverstanden. Diese entspreche nicht dem Ziel und erfülle nicht den Beschluss des Stadtrates. Seines Erachtens müsse in der Satzung dahin gehend eine Korrektur vorgenommen werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados, Herr Beigeordneter Kogge sowie **Herr Borries** antworteten auf die Frage von Herrn Dr. Meerheim, dass das Weisungsrecht für die vom Stadtrat entsandten Verwaltungsratsmitglieder gelte, aber nicht für die Arbeitnehmervertreter.

Im Ergebnis der Diskussion verständigten sich **Hauptausschussmitglieder** und **Verwaltung** darauf, dass die Formulierung in der Satzung bestehen bleibe und eine Prüfung erfolge, inwieweit ein Weisungsrecht gegenüber dem Vorstand möglich sei und in die Satzung aufgenommen werden könne.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados beendete die 16. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

A. Kraft
Protokollführerin